Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.09.2026 **Drucksache** 19/**13641**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Wohlstand für alle: Investieren statt kürzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

– Die Staatsregierung hat auf den Umbruch in Bayerns Industrie keine Antwort. Wenn Bosch in Nürnberg rund die Hälfte der Arbeitsplätze im Werk abbauen will und der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die Beschäftigten auf „Chancen im Verteidigungsbereich“ verweist, ist das keine Wirtschaftspolitik im Interesse der Beschäftigten.

– Die von der CSU-Fraktion sowie der Fraktion FREIE WÄHLER in ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drs. 19/13625 vorgeschlagenen Steuergeschenke für Spitzenverdiener und Vermögende und weitere Kürzungen bei Rente, Pflege und Gesundheit verschärfen die Krise, statt sie zu lösen: Sie schwächen Kaufkraft und soziale Sicherheit – und damit die Bereitschaft zur Veränderung. Reformen sind kein Ersatz für Wachstumspolitik.

– Was wirkt, sind Investitionen: Sie stützen die Erholung und wirken kurzfristig um ein Vielfaches stärker als Steuersenkungen. Bayern braucht eine Wirtschaftspolitik, die investiert, Energie bezahlbar macht, die Transformation aktiv gestaltet und soziale Sicherheit stärkt.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,

– für betroffene Automobil-Zulieferstandorte wie Bosch Nürnberg Standort- und Transformationsdialoge mit Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften zu organisieren, staatliche Wirtschaftsförderung an verbindliche Standort-, Beschäftigungs- und Tarifzusagen zu knüpfen und eine kommunale Beschaffungsoffensive für emissionsfreie Fahrzeuge aus europäischer Produktion zu starten,

– den Ausbau von Windkraft, Photovoltaik, Netzen und Speichern in Bayern deutlich zu beschleunigen, im Bundesrat Verschlechterungen für die erneuerbaren Energien wie den Redispatch-Vorbehalt abzulehnen und sich für niedrigere Strompreise auch für Handwerk und private Haushalte einzusetzen,

– sich auf Bundesebene für eine investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse und für eine Investitionsprämie einzusetzen, die den „Investitionsbooster“ ergänzt, an den Einsatz neuer Technologien geknüpft ist und auch Unternehmen ohne aktuelle Gewinne erreicht,

– eine Industriestrategie mit klaren Zielen für Elektromobilität und Batterien, Kreislaufwirtschaft, digitale Souveränität und sichere europäische KI vorzulegen,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– die aktuellen Forderungen der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER aus ihrem Dringlichkeitsantrag, die Sozialbeiträge durch Kürzungen bei Rente, Pflege und Gesundheit zu drücken oder den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener, Kapitalgesellschaften und Kapitalanleger abzuschaffen, zurückzuweisen,

– sich für eine stärkere Beteiligung sehr großer Vermögen und Erbschaften an der Finanzierung des Gemeinwesens einzusetzen und dem Landtag jährlich über die in Bayern erlassenen Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuern zu berichten.

Begründung:

Bosch will in Nürnberg bis 2029 rund 900 von 1 800 Stellen abbauen. Wirtschaftsminister Aiwanger sagt dazu laut Süddeutscher Zeitung: „Wir schicken die Leute nicht alle in die Arbeitslosigkeit. Wir ergreifen diese Chancen im Verteidigungsbereich.“ Nach dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wechselten im vergangenen Jahr jedoch bundesweit nur rund 1 100 Beschäftigte aus anderen Industriebranchen in die Rüstung, während die Industrie derzeit rund 14 500 Arbeitsplätze pro Monat verliert. Das zeigt, dass die Staatsregierung und der Wirtschaftsminister kein Konzept für die Transformation und die Erhaltung von Industriearbeitsplätzen in Bayern haben.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen die weitere Erholung von der Auslandsnachfrage und steigenden öffentlichen Ausgaben gestützt. Nach dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhöht im Euroraum ein zusätzlicher Euro öffentlicher Investitionen die Wirtschaftsleistung im ersten Jahr um bis zu 1,30 Euro, ein Euro Steuersenkung nur um 30 bis 40 Cent.

Ein namhafter Ökonom und ehemaliger Wirtschaftsweise warnt: Renten-, Gesundheits- und Pflegereformen lösen keinen wirtschaftlichen Aufbruch aus. Notwendig sind eine Investitionsprämie – die degressive Abschreibung des „Investitionsboosters“ wirkt im Kern wie ein zinsloser Steuerkredit und erreicht Unternehmen ohne Gewinne kaum –, eine große Wohnungsbau-Initiative und eine Strategie für die technologische Transformation.

Das Versprechen von 10 000 öffentlichen Wohnungen bis 2025 hat die Staatsregierung weit verfehlt. Und mit 10H hat die CSU den Windkraftausbau über Jahre abgewürgt – bezahlbare Energie braucht jetzt Tempo statt neuer Bremsen.

Gleichzeitig wurden in Bayern von 2020 bis Mitte 2026 rund 6,7 Mrd. Euro Erbschaft- und Schenkungsteuer erlassen. Wer dazu noch den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener abschaffen und Sozialbeiträge durch Kürzungen drücken will, macht Klientelpolitik, keine Wachstumspolitik.

Wohlstand für alle heißt nicht: Entlastungen oben und Kürzungen unten. Wohlstand für alle heißt: investieren, gute Arbeit sichern, Kaufkraft stärken und diejenigen angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen, die besonders viel tragen können.